

## Ergebnisoffene Machbarkeitsprüfung zügig durchführen

Der Bürgermeister der kreisfreien Stadt Emden und der Landrat des Landkreises Aurich sprechen sich dafür aus, den Neubau eines Zentralkrankenhauses in Georgsheil zu prüfen, wofür die bisherigen drei Krankenhausstandorte in Aurich, Emden und Norden bis auf die Aufrechterhaltung einer Notfallversorgung geschlossen werden sollen. DIE LINKE fordert ebenfalls eine zügige Prüfung dieser Pläne. Für das Ergebnis ist es aber von besonderer Bedeutung, auf welchen Grundlagen diese Machbarkeitsprüfung basiert. Dabei gilt nach wie vor, dass es eine gute Gesundheitsversorgung auf Dauer nur geben kann, wenn die Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen vorfinden und ordentlich bezahlt werden. DIE LINKE verhehlt dabei nicht, dass sie den Planungen für eine Zentralklinik skeptisch gegenüber steht. Die Gründe des Stadtrates Aurich, das Zentralklinikum abzulehnen, müssen dabei sehr ernst genommen werden. Es ist genau zu begründen, warum man einen Neubau auf die grüne Wiese und fernab einer gewachsenen und leistungsfähigen Infrastruktur eines Mittelzentrums setzen will. Dass gilt vor allem für die betriebswirtschaftliche Prognose des neuen Krankenhauses. Bevor man zig Millionen Euro für einen Neubau in die Hand nimmt, muss nachgewiesen werden, weshalb das neue Krankenhaus in der Folge nicht ebenfalls hohe Betriebskostendefizite verursacht und weswegen eine Verbundlösung bei Aufrechterhaltung aller drei Standorte nicht auch die gewünschten Effekte erzielen kann. DIE LINKE im Kreistag Aurich beantragt daher die Durchführung einer Machbarkeitsprüfung. Diese muss aber ergebnisoffen sein – auch bezüglich der Standortwahl – zügig durchgeführt werden und folgende Punkte beinhalten:

- a. Vergleichend wird dargestellt, wie die gewünschten gesundheitspolitischen Ziele in einer Verbundlösung unter Beibehaltung der drei Standorte mit welchen finanziellen Mitteln und Maßnahmen möglich ist.
- b. Das Krankenhaus sowie sein Betrieb bleiben komplett in öffentlicher Hand der Stadt Emden und des Landkreises Aurich.
- c. Public-Private-Partnership-Modelle werden abgelehnt.
- d. Die Beschäftigten werden nach Kommunaltarif bezahlt.
- e. Auf betriebsbedingte Kündigungen wird genauso verzichtet wie auf Outsourcing, befristete Arbeitsverträge, Leih- und Werksarbeit.
- f. Dargestellt und einbezogen werden in die Gesamtrechnung müssen außerdem eventuell notwendige Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, wobei die Erreichbarkeit des Krankenhauses mit dem öffentlichen Personennahverkehr eine wichtige Bedeutung hat.
- g. Die Baukosten werden auf Basis tariflich entlohnter Arbeit kalkuliert.
- h. Es muss schlüssig dargestellt werden, welche Maßnahmen dazu führen sollen, dass die Zentralklinik dauerhaft ein positives Betriebsergebnis erzielen soll.
- i. Bei allen Überlegungen muss der demographische Wandel mit berücksichtigt werden.

Aurich, den 5. Dezember 2013

DIE LINKE im Kreistag Aurich

Jan Roß  
Kreistagsabgeordneter

Blanka Seelgen  
Kreistagsabgeordnete